

Politischer Jahresbericht

North America 2007/2008



Washington, DC

Regionalbüro North America, Juli 2007 – Juni 2008

Helga Flores Trejo, Sebastian Graefe, Arne Jungjohann, Liane Schalatek

Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	3
2. Die innenpolitische Situation	5
3. Außen- und Sicherheitspolitik	9
4. Klima- und Energiepolitik	13
5. Internationale Wirtschafts- und Handelspolitik	14
6. Ausblick	17

1. Zusammenfassung

Die im November 2008 stattfindende Präsidentschaftswahl und die Vorwahlen der Demokraten und Republikaner waren das dominierende politische Thema des vergangenen Jahres in den Vereinigten Staaten. Innenpolitisch hat im Laufe des vergangenen Jahres die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation des Landes weiter an Bedeutung gewonnen. Damit entthronte dieses Problem zur Jahresmitte, gemeinsam mit den rapide steigenden Endergiepreisen, die US-Kriege in Irak und Afghanistan als wichtigstes Wahlkampfthema. Trotzdem bleibt der Irakkrieg in den USA bestimmendes sicherheits- und außenpolitisches Thema.

Im Streit um Irans Atomanreicherungsprogramm ist inzwischen nicht mehr mit einem militärischen Eingreifen der Amerikaner zu rechnen. Dazu führte einerseits die hohe Belastung der US-Truppen im Irak und in Afghanistan. Andererseits lehnen inzwischen sowohl US-Administrationen als auch US-Geheimdienste weitere militärische Schläge ab.

In der Einwanderungsdebatte stehen sich nach wie vor die konträren Meinungen zweier Interessengruppen gegenüber. Insbesondere wegen geschätzter sieben bis zwanzig Millionen illegaler Migranten in den USA werden von der kommenden Administration Reformanstöße auf diesem Gebiet erwartet. Weil es keine einheitlichen föderalen Programm zur Eingliederung der Migranten gibt, sind landesweit unzählige Gemeinden mit einer Verschärfung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen für illegale Einwanderer auf lokaler Ebene vorgeprescht. Trotzdem wird es hinsichtlich Migration wohl zu keinem offenen Schlagabtausch im Präsidentschaftswahlkampf kommen. Das könnte einen Keil zwischen einheitliche Wählergruppen treiben.

Gestiegene Benzin- und Ölpreise sowie energie- und sicherheitspolitische Fragen haben die US-Debatte zum Klimawandel in bislang ungekanntem Maße forciert. Der klimapolitische Stillstand der vergangenen Jahre, der weitgehend auf die föderale Ebene beschränkt war, hat ein Ende gefunden. Im Dezember 2007 wurde ein Energiepaket verabschiedet, das die Neuausrichtung der Energiepolitik für mehr Energieeffizienz zum Ausdruck bringt. Seit die Preise an den Zapfsäulen im Frühjahr 2008 die Marke von 4 US-Dollar durchbrochen haben, sind die hohen Energiepreise in aller Munde. Die Verkaufszahlen großer Geländewagen sind drastisch eingebrochen. Als Antwort auf die hohen Energiepreise konkurrieren in der energiepolitischen Debatte verschiedene Maßnahmen, beispielsweise eine temporäre Senkung der ohnehin geringen Benzinsteuern, eine erhöhte Ölförderung, der Umstieg auf alternative Kraftstoffe und effizientere Technologien, eine stärkere Kontrolle der Energiemärkte.

Neben der Energiepolitik erfährt inzwischen auch der Klimaschutz steigende Aufmerksamkeit. Doch eine Initiative zur Einführung des Emissionshandels fand im Senat keine Mehrheit. Politische Beobachter gehen davon aus, dass ein ähnliches Gesetz innerhalb der nächsten zwei Jahre verabschiedet und in Kraft treten wird. Für den Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die seit Jahren unter einer Finanz- und Legitimitätskrise leiden, hat das vergangene Jahr einen Hoffnungsschimmer gebracht. Nicht nur, weil Chefposten neu besetzt worden sind, sondern weil die Finanzinstitutionen versucht haben, sich global als Sicherheitsgaranten in Zeiten globaler Krisen zu präsentieren. Vor allem die Weltbank hat es unter Führung ihres neuen Präsidenten Robert Zoellick im Laufe des vergangenen Jahres geschickt verstanden, die gegenwärtigen dualen Krisen globaler Gouvernance als Aktionsfelder für sich zu reklamieren. Die Weltbank ist dabei aggressiv mit Aktionsplänen, beispielsweise bei der Klimafinanzierung vorgeprescht. Noch ist nicht absehbar, wie sich das auf multilaterale Kooperation in diesem Bereich auswirken wird. Klar ist jedoch, dass

gerade die Weltbank dadurch an Bedeutung gewonnen hat, das noch vor einem Jahr niemand für möglich gehalten hatte. Weitaus ungewisser ist dagegen die Zukunft des multilateralen Handelssystems. In den vergangenen zwölf Monaten ist es nicht gelungen, die WTO-Doha-Entwicklungsrunde wiederzubeleben. Die USA sind zur Zeit nicht in der Lage, in internationalen Verhandlungen als Motor für eine umfassende globale Liberalisierungsrunde aufzutreten. Nicht nur, weil in einem US-demokratischen Kongress das Interesse an Freihandelsinitiativen verschwunden ist, sondern weil ein Großteil der Bevölkerung in Zeiten einheimischer Wirtschaftsschwäche handelskritischer geworden ist und die Entscheidungen des Bush-Nachfolger über Handelsabkommen abwarten wird.

2. Die innenpolitische Situation

US-Präsidentschaftswahl 2008

Der parteiinterne Wahlkampf zur Bestimmung der beiden Präsidentschaftskandidaten wurde von der

Der parteiinterne Vorwahlkampf, in dem die Präsidentschaftskandidaten bestimmt wurden, verfolgten Bevölkerung und Medien mit großem Interesse. Im November 2008 wird die erste Wahl seit 1928 stattfinden, bei der keine der beiden Parteien einen Amtsinhaber oder Vizepräsidenten ins Rennen schicken wird. Dies führt dazu, dass die WählerInnen das Wahlgesehen bereits jetzt mit einer Intensität verfolgen, die normalerweise erst zu einem späteren Zeitpunkt eintritt.

Insbesondere die Auseinandersetzung innerhalb der demokratischen Partei zwischen Senatorin Hillary Clinton und Senator Barack Obama war intensiv und dauerte im Vergleich zu den üblichen Vorwahlen außergewöhnlich lange.

Die politische Stimmung in den Vereinigten Staaten hat sich deutlich zugunsten der Demokraten verlagert. Große Teile der Bevölkerung sind mit den politischen Entscheidungen der Regierung George W. Bushs nicht zufrieden.

Ein großer Teil der Ablehnung gegenüber Bush und seiner Partei resultiert aus der Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Lage im Irak. Auf die Frage, welche der beiden Parteien sie wählen würden, wenn heute Wahlen wären, erreichten die Demokraten eine deutliche Mehrheit. Allerdings muss das kein Indikator dafür sein, dass im November 2008 auch tatsächlich der demokratische Kandidat gewählt wird.

Folgende Themen stehen im Vordergrund des Wahlkampfes:

Der Krieg im Irak ist nach wie vor das Topthema, das viele WählerInnen bei ihrer Wahl maßgeblich

beeinflussen wird. Die US-AmerikanerInnen sehen die Situation im Irak nach wie vor als das dringendste Problem an, das auf jeder politischen Agenda prioritär behandelt werden sollte. Eine Mehrheit der AmerikanerInnen ist inzwischen der Auffassung, dass die Intervention im Irak ein Fehler war und die hohen Verluste an Menschenleben und Ressourcen sich nicht im Ergebnis niederschlagen.

Der US-Wahlkampf und die wirtschaftliche Situation des Landes

Im fünften Jahr des Irakkriegs ist die US-Intervention als Wahlentscheidung nicht mehr so wichtig wie noch vor einigen Monaten.. Und dass, obwohl der Irakkrieg 2004 Fokus- und politischer Kristallisationspunkt zwischen George W. Bush und seinem demokratischen Herausforderer John Kerry war. Vielmehr bestimmen die seit Monaten anhaltenden schlechten Nachrichten über die US-Wirtschaft das Stimmungsbarometer. Die wirtschaftliche Situation des Landes wird vermutlich wahlkampfentscheidendes Thema beim Urnengang im Herbst 2008 sein. Ein nur minimales Wirtschaftswachstum (weniger als ein Prozent im ersten Quartal 2008), steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig rapide ansteigender Preissteigerung, sowie die durch die Immobilienblase und ungedeckte Hypothekenpreise hervorgerufene US-Banken- und Immobilienkrise machen die tatsächliche wirtschaftspolitische Kompetenz der Kandidaten zu einem wichtigen Kriterium beim Urnengang. Dabei ist relevant, dass vom legendären Optimismus der amerikanischen Konsumenten nicht mehr viel zu spüren ist. Umfragewerte sind auf dem tiefsten Stand seit der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre. Deswegen wurde auch die so genannten ökonomischen Stimulierungsmaßnahmen, dass der US-Kongress mit großer Mehrheit im Frühjahr 2008 verabschiedet hat, von allen US-Präsidentschaftskandidaten unterstützt.

Mit den Kandidaten Barack Obama und John McCain haben die Wähler kontraststarke Optionen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik ihres künftigen Präsidenten. Während der Republikaner McCain auf die republikanische Tradition von Steuersenkungen für Unternehmen setzt und US-Exporte steigern will, wirbt Obama für ein Wachstumsprogramm, das auf massive staatliche Investitionen setzt, die mit einer Steuererhöhung auf Spitzenverdiener und mit Einsparungen bei den Militärausgaben in Irak und Afghanistan finanziert werden sollen. Im demokratischen Vorwahlkampf wetteiferten SenatorInnen Obama und Clinton auch darum, wer von beiden am radikalsten gegenwärtige, regionale Freihandelsverpflichtungen der USA wie die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA neu verhandeln würde. Dies spiegelt die wachsende Überzeugung weiter Wählerkreise wider, dass Produkte „made in USA“ durch das internationale Handelsregime benachteiligt werden und dass die Arbeiterklasse und untere Mittelschicht von US-Dienstleistern von der globalen Wirtschaftsintegration unwesentlich bis gar nicht profitieren. Diese Wählergruppen sind traditionell „independents“, das heißt wertkonservativ. Sie favorisieren die republikanische Partei, wichtige ökonomische Motive überlassen sie aber den Demokraten. Sowohl McCain als auch Obama werben eifrig um diese Gruppe. Und sie sind in wahlkampfentscheidenden US-Bundesstaaten wie Ohio, Texas oder Pennsylvania die Schlüsselwähler, die die Präsidentschaftswahl entscheiden könnten.

In den nationalen Umfragen wird zur Jahresmitte 2008 Senator Obama – in der Regel mit zweistelligem Punktevorsprung – die bessere Kompetenz in Wirtschaftsfragen attestiert. Von McCain wird gemunkelt, dass er sich nicht für Wirtschaftsthemen interessiere. Dies sagte er auch offen im Vorwahlkampf. Allerdings kämpft auch Senator Obama, der selbst aus Illinois stammt, einem von der

Industrie abhängigen Bundesstaat, um Akzeptanz bei der weißen Industriearbeiterschicht. Die hatte im Vorwahlkampf Hillary Clinton bevorzugt. Auch weil die Hautfarbe der Kandidaten als Entscheidungskriterium in Meinungsumfragen unterbewertet wird, ist es längst noch nicht ausgemacht, dass diese Gruppen ihren wirtschaftlichen Interessen gemäß demokratisch stimmen werden. John McCain appelliert als ehemaliger Vietnam-Kriegsgefangener und Kriegsheld an das patriotische Gefühl und die Heldenverehrung dieser „Reagan Democrats“. Außerdem genießt er die Aura eines „maverick“, eines unabhängig denkenden Republikaners und spricht damit die wahlkampf wichtige Gruppe der parteipolitisch ungebundenen Wähler an.

US-Wahlkampf und die amerikanische Migrationsdebatte

Das Thema Migration und der Umgang mit illegalen Migranten war sehr umstritten, trotzdem wird es bezüglich Immigration im Präsidentschaftswahlkampf wohl zu keinem offenen Schlagabtausch kommen. Die „Immigrationsreform“ wird also nicht zu einem „wedge issue“ werden, das einen Keil zwischen einheitliche Wählergruppen treiben könnte, wie noch gegen Ende 2007 beim Anlaufen des US-Präsidentschaftswahlkampfes befürchtet. Die Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten wird eher verdeckt und regional konzentriert geführt werden. Wobei das Thema in einigen Bundesstaaten wie Arizona oder New Mexico durchaus zum wichtigsten Wahlkampfthema werden könnte. Zudem gelten sowohl Obama als auch McCain als relativ moderate Immigrationspolitiker: Beide plädieren für eine bessere Grenzsicherung, um gegen illegale Einwanderer vorzugehen. Sie werben aber nicht mit aggressiven Abschiebemaßnahmen. Allerdings würde Obama dieser von Latinos dominierten Gruppe einen Weg zur Einbürgerung eröffnen, während McCain von diesem Plan mit Rücksicht auf die konservativen

Elemente der republikanischen Partei vorerst abgerückt ist. Außerdem unterstützt Obama so genannte „affirmative actions“ (Vorzugsmaßnahmen für benachteiligte Minderheiten), während McCain sich dagegen ausspricht.

Der eigentliche Konflikt auf diesem Gebiet ist bereits früher ausgefochten worden: In den republikanischen Vorwahlen hat sich mit McCain der unter den Republikanern migrantenfreundlichste und auf diesem Gebiet demokratenähnliche Kandidat durchgesetzt, dank der Stimmen hispanischer US-Wähler. Die Größe dieser Wählergruppe wird mittlerweile auf neun Millionen Menschen geschätzt und ist insbesondere in den südwestlichen Swingstates Arizona, Colorado, Nevada und New Mexico ausschlaggebend. Allerdings wandert McCain einen schmalen Grad, will er die Unterstützung seiner eigenen Partei und ihrer eher migrationsfeindlichen Stammwähler, die illegale Immigration primär als Kriminalität sehen, nicht verlieren. Er hatte zwar einen Gesetzesvorschlag mit eingebracht, der neben stärkerer Grenzsicherung auch einen Weg zur Einbürgerung illegaler Immigranten vorschlug. Dieser Vorschlag, für den auch Obama stimmte, scheiterte. In Folge dessen erklärte McCain die Grenzsicherung zur Priorität. McCains publik gewordenes Geheimtreffen mit Chicagoer Vertretern der Latinos im Juni 2008 und die darauffolgende Debatte zeigt die Brisanz dieses Themas sowie den Willen des Kandidaten, das Thema eher weniger öffentlich zu behandeln. Die auf diesem Gebiet wahlentscheidenden Frage der nächsten Monate die, ob es McCain schaffen kann, in das traditionell demokratische Lager der hispanischen Wähler vorzudringen, ohne seine Stammwähler zu verprellen. Und ob es Obama schafft, die Latinos nach der Niederlage der in dieser Gruppe so beliebten Hillary Clinton für sich zu mobilisieren.

Die Klima- und Energiepolitik hat an Bedeutung für die Wähler im vergangenen Jahr gewonnen. Vor

allem steigende Energiepreise, die Abhängigkeit der USA von Energieimporten aus unsicheren Regionen der Welt und die zunehmende Gewissheit, dass der Klimawandel längst Realität ist, lässt die Sorge vieler Amerikaner hinsichtlich des Energiethemas wachsen. Inzwischen hält es ein Großteil der Bevölkerung für notwendig, strengere Standards für Autos und die Industrie einzuführen, Emissionsobergrenzen festzulegen und erneuerbare Energien zu entwickeln. Zwar ist Klimaschutz kein Topthema im Wahlkampf. Doch das Thema ist viel prominenter als noch zur Wahl 2004. Keiner der Kandidaten könnte es sich leisten, ohne eine Klimaschutzstrategie anzutreten.

Ein weiteres Wahlkampfthema ist der Kampf gegen den Terrorismus. Die Kritik an den Maßnahmen der amerikanischen Regierung, wie das Abhören von Telefongesprächen ohne gerichtliche Beschlüsse, ist in den vergangenen beiden Jahren auch im Kongress gewachsen.

Für bestimmte Wählergruppen werden außerdem die Bereiche Bildung, Abtreibung, Rechte für Schwule und Lesben, Steuerpolitik und zunehmend die Frage der sozialen Gerechtigkeit einen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung haben. In der jüngeren Vergangenheit gewann insbesondere bei den Demokraten das Thema der Gesundheitsversorgung an Bedeutung. Zwar befürworteten die meisten Amerikaner staatliche Hilfen, ein nationaler Gesundheitsplan wird aber mehrheitlich abgelehnt.

Immobilienkrise und Wirtschaftspolitik

Die US-Wirtschaft befindet sich laut den Experten zwar nicht in einer offiziellen Rezession, aber ihre Grunddaten haben sich im Laufe der vergangenen zwölf Monate dramatisch verschlechtert. Steigende Arbeitslosenzahlen (zuletzt rund 5,5 Prozent), ein dramatischer Anstieg an Langzeitarbeitslosen bei weiteren Arbeitsplatzverlusten, ein langsames Wachstum, Jahr, eine Inflations- und Preissteigerungsrate um 4 Prozent und drastisch sinkende

Immobilienpreise (rund 20 Prozent Wertverlust in einem Jahr) bei dramatisch steigenden Zahlen von Zwangsversteigerungen führen dazu, dass die optimistischen US-Konsumenten so pessimistisch wie seit 30 Jahren nicht mehr sind. In einer jüngsten Umfrage attestierten nur noch rund 6 Prozent der Befragten der Wirtschaftspolitik der Bush-Regierung das Attribut gut.

Gerade das Platzen der Immobilienblase im Frühjahr 2007 hat die amerikanische Wirtschaft in ein schweres Dilemma gestürzt, sowohl politisch wie ökonomisch. Ihre weitreichenden Auswirkungen haben die USA ebenso wie die globale Weltwirtschaft im Laufe der vergangenen zwölf Monaten in voller Kraft getroffen. Auch weil sowohl die US-Regierung als auch die US-Zentralbank sie sträflich unterschätzt hatten.

Der Traum vom Eigenheim ist für US-Bürger der Inbegriff des wahr gewordenen „American Dream“. Dementsprechend ist die Eigentumsrate mit 68 Prozent hoch. Ein Eigenheim ist für die meisten Arbeiter und Mittelschichtshaushalte auch die eigentliche finanzielle Altersversorgung in einem Land, das nur eine minimale Grundrente garantiert. Allerdings wurden viele der Häuser mit wackeligen „subprime“-Hypotheken finanziert. Diese lockten Kunden mit einer niedrigen Einstiegsrate, die nach zwei Jahren zum Teil drastisch angehoben wurde. Das war solange kein Problem, wie der Wert der Eigenheime weiter anstieg. Auch der Konsum der amerikanischen Durchschnittsbürger, der rund zwei Drittel des US-Wirtschaftsumfangausmacht, wurde von einer Vielzahl von Amerikanern angesichts seit Jahren stagnierender und sinkender Reallöhne über Anleihen an das Eigenheim („home equity loans“) finanziert. Die drastisch gesunkenen Immobilienpreise und wachsenden Zwangsversteigerungen lähmen die Kaufkraft amerikanischer Konsumenten. Explodierende Energie- und Lebensmittelpreise tun ein übriges.

Angesichts der Bedeutung des Privatkonsums für die US-Wirtschaft ist es kein Wunder, dass die ökonomischen Stützmaßnahmen der US-Regierung in Form eines im März 2008 vom US-Kongress verabschiedeten 186 Milliarden US-Dollar schweren Stimulierungspakets die konkrete Auszahlung von mehreren Hundert Dollar pro Steuerzahler als wichtigste Hilfsmaßnahme vorsahen. Hoffnung der PolitikerInnen war, dass die US-BürgerInnen diesen Steuerbonus für Konsumgüter ausgeben und so die US-Wirtschaft ankurbeln würden. Eine Wirkung, die mit wenigen Monaten Laufzeit des Programms als überoptimistisch anzusehen ist, da der Stimulanzeffekt bislang weitestgehend ausgeblieben ist. US-Exekutive und Legislatoren beider Parteien sind sich in einem Wahljahr einig, dass die Welle von Zwangsversteigerungen schnell gestoppt werden muss. Sie sind sich jedoch uneinig darüber, wie das realisiert werden soll. Derzeit wird dazu ein Gesetzespaket erarbeitet, das rund 4.000.000 gefährdeten Eigenheimbesitzern helfen soll. Es sind Steuererleichterungen und Umstrukturierungen der Hypothekenschuld vorgesehen, dafür sind rund 300 Milliarden US-Dollar für zusätzliche Kredite vorgesehen. Erste wichtige Hürden wurden mit einer parteiübergreifenden Mehrheit für das Maßnahmenpaket in beiden Häusern des US Kongresses bis Ende Juni genommen. Allerdings steht die Unterschrift durch US-Präsident Bush noch aus. George W. Bush hat ein präsidentielles Veto angedroht, weil das Weiße Haus im Gesetzesvorschlag enthaltene Finanzsummen für den staatlichen Aufkauf bereits leerstehender und zwangsversteigter Privathäuser ablehnt. Letzten Endes ist anzunehmen, dass eine unwesentlich geänderte Version dieses Gesetzesvorschlags kurz nach der politischen Sommerpause Anfang September in Kraft treten wird. Schon allein deshalb, weil es sich in einem Wahljahr kein US-Politiker erlauben kann, bei der Immobilienkrise untätig zu

bleiben. Die Finanzierung des Pakets ist allerdings ungesichert und wird vermutlich dazu beitragen, die Rekordverschuldung der US-Bundesregierung von 9 Billionen US-Dollar zu erhöhen.

Aggressiv und mit massiven Summen hat auch die amerikanische Zentralbank Federal Reserve (Fed) seit Jahresanfang 2008 in die US-Finanzwirtschaft interveniert, um das Übergreifen der Immobilienkrise auf die US-Gesamtwirtschaft zu mildern. Einer breite Öffentlichkeit hat dem ehemaligen Vorsitzenden der Fed, Alan Greenspan, massive Schuld für die US-Wirtschaftskrise vorgeworfen. Mit seiner Niedrigzinspolitik und der Praxis von billigen Krediten seit September 2001 habe die Kredit- und Hypothekenaufnahme von Millionen US-Kunden mit geringer Bonität erst möglich gemacht. In den vergangenen zwölf Monaten setzte die Fed unter Greenspan-Nachfolger Ben Bernanke ebenfalls auf niedrige Leitzinsen. Die dürften aus Sorge um steigende Inflationsraten in den USA zum Herbst 2008 erstmals wieder angehoben.

Die wohl ungewöhnlichste Hilfsaktion der Fed und von US-Finanzminister Henry Paulson kam Mitte März 2008. Die Fed bewahrte mit direkten Krediten die US-Investitionsfirma Bear Stearns vor dem Bankrott und fädelt deren Übernahme durch das Investitionshaus J.P. Morgan Chase an einem Wochenende ein. Die massive Kritik daran wiegelte Ben Bernanke mit dem Hinweis auf die systemische Bedeutung von Bear Stearns ab, deren Untergang sonst einen Dominoeffekt auf andere US-Investitionsfirmen hätte. Allerdings ist nur drei Monate später weder für J.P. Morgan Chase noch für die meisten anderen wichtigen US-Investitionshäuser und Banken der „fall out“ der Immobilienkrise ausgestanden. Sie alle erwarten für die nächsten Monate weitere Abschreibungen in Milliardenhöhe. Bis Mitte Juli 2008 haben die US-Börsen auf diese Nachricht mit dem tiefsten Stand und einem Verlust von mehr als 15 Prozent seit Jahresanfang reagiert. Die US-

Regierung sieht sich nun Mitte Juli gezwungen, weitere zweistellige Milliardensummen in das amerikanische Finanzsystem zu pumpen. Denn die Aktien von Freddie Mac und Fannie Mae, den wichtigsten Garanten amerikanischer Privathypothesen und damit fundamentalen Stützen des US-Banken und Kredit systems, sind unter dem Druck wachsender Investorenpanik und – vertrauensverlusts in den letzten Wochen massiv abgestürzt.

3. Außen- und Sicherheitspolitik

Irak

Der Irakkrieg war das beherrschende außenpolitische Thema in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr. Dabei standen drei Aspekte im Vordergrund: Wer kann sich den Erfolg der zunehmenden Stabilisierung zurechnen? Welche Irakpolitik ist von Bushs Nachfolger zu erwarten? Wie werden die vertraglichen Grundlagen für langfristige bilaterale Beziehungen zwischen den USA und dem Irak gestaltet. Seit Ende 2005 betrachtet eine Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die Irakinvasion als Fehler. Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der Kriegsablehner von 57 auf 63 Prozent.¹

Im Sommer 2007 leisteten 160.000 amerikanische Soldaten im Irak Dienst. Im Frühjahr hatte George W. Bush eine Strategie für den von heftiger Gewalt geprägten Irak verkündet, die kaum auf die öffentliche Stimmung Bezug nahm: Die Truppen im Irak sollten um 30.000 Soldaten aufgestockt werden. Derzeit hat deren Abzug begonnen. Zur selben Zeit wurde General David H. Petraeus als Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Irak berufen. Er erlangte schnell parteiübergreifend hohes Ansehen.

¹ Umfrage von Gallup
<http://www.gallup.com/poll/1633/Iraq.aspx>

Der seitdem klar zu verzeichnende Rückgang von Angriffen gegen US-Truppen sowie der inter-ethnischen und -religiösen Gewalt werden maßgeblich seiner Strategie zugerechnet. Im September 2007 und April 2008 erschien Petraeus im Kongress, um vor den Abgeordneten Bericht über die Situation im Irak abzulegen. Diese Anhörungen dienten jedoch eher der Selbstdarstellung der Kandidaten für die US-Präsidentschaftswahlen als der Auseinandersetzung mit den geladenen Zeugen. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Medien dabei den (linguistischen) Unterschieden in den Äußerungen von Hillary Clinton und Barack Obama. Während sich Obama nach Ende des Vorwahlkampfes inzwischen vorsichtiger für einen baldigen Rückzug aus dem Irak ausspricht, so war ihm damals am wichtigsten, die eigenen Soldatinnen und Soldaten vom Schauplatz eines falschen und illegitimen Einsatzes so schnell wie möglich nach Hause zu holen. Der Druck durch einen drohenden Abzug der USA würde eine tragbare Lösung für den Irak hervorbringen. McCain plädiert für den Ansatz, erst bei einem stabilen Frieden die Truppen nach Hause zu holen. Er lehnt Forderungen nach einem Zeitplan für einen Rückzug ab.

Inzwischen rücken die Verhandlungen der US-Administration und der irakischen Regierung über die vertragliche Basis der zukünftigen bilateralen Beziehungen in den Vordergrund. Diese muss gefunden werden, da das UN-Mandat für die US-Truppen im Irak am 31. Dezember 2008 ausläuft. Die Verhandlungen über zwei Abkommen begannen im März 2008, die im Zusammenhang diskutiert werden. Das erste Dokument (status-of-force-agreement, SOFA) soll den Rechtsschutz und die Verantwortlichkeiten der US-Truppen im Land klären. Das zweite Dokument soll als „strategic framework“ die allgemeinen amerikanisch-irakischen Beziehungen in politischer und militärischer Hinsicht regeln. Unter dem Druck bevorstehender Regionalwahlen

nimmt der irakische Regierungschef Nouri Al-Maliki eine konfrontativere Position ein. Die irakische Regierung besteht in den Verhandlungen darauf, einen konkreten Zeitplan über einen Rückzug der US-Truppen in die Vereinbarungen aufzunehmen. Die US-Regierung lehnt diese Forderung ab, da sie durch eine derartige vertragliche Bindung die Sicherheitslage gefährdet sieht. Hinzu kommt noch ein politischer Streit zwischen Kongress und Weißem Haus darüber, ob die Abgeordneten über dieses Abkommen mitentscheiden dürfen. Die Administration und viele republikanische Abgeordnete sehen das nicht als notwendig an, da nur technische und weniger politische Fragen verhandelt würden.

Im Herbst 2007 intensivierte sich die Debatte über den Umgang mit den Millionen irakischer Flüchtlinge. Die Heinrich-Böll-Stiftung Nordamerika erfuhr große Aufmerksamkeit mit einer Konferenz, die sie zu diesem Thema in Kooperation mit dem Center for American Progress im Dezember 2007 organisierte. Aufgrund des Irakkrieges flüchteten mehr als 3,5 Millionen Menschen aus ihrer Heimat. Etwa 1,3 Millionen Menschen sind Binnenflüchtlinge im Irak. Länder wie Jordanien, Syrien und Ägypten sind hoffnungsvoll mit den Flüchtlingen überfordert. Basierend auf dem vom Kongress verabschiedeten „Iraqi Refugee Crisis Act“ soll bis September 2008 insgesamt 12.000 Flüchtlingen Asyl in den USA gewährt werden. Im Vergleich dazu hat Schweden seit 2003 schon mehr als 40.000 Iraker aufgenommen. In Deutschland ist Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kritisiert worden, nur religiös Verfolgten, insbesondere irakischen Christen, Asyl zu gewähren.

Nahost

Die Entwicklung im Nahen Osten seit Sommer 2007 verdeutlicht den schwindenden Einfluss der USA im Nahen Osten. Seit Herbst 2006 verhandeln Israel und Syrien durch türkische Vermittlung erfolgreich über

eine gegenseitige Annäherung, unter anderem in der Golanfrage.² Nach dem Aufflammen der Gewalt im Libanon Anfang Mai 2008 vermittelte Qatar einen Kompromiss zwischen der Hisbollah und dem pro-westlichen Ministerpräsidenten Siniora. So konnte die monatelange Verfassungskrise im Libanon überwunden werden.

Auch die Aktivitäten der Bush-Regierung im Rahmen des palästinensisch-israelischen Konflikts zeugen vom Einflussverlust. Als großer Rückschlag für die westliche Nahostpolitik wurde die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen im Juni 2007 wahrgenommen. Für die US-Regierung war seitdem wichtig, wie der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im Westjordanland gestärkt und die Hamas im Gazastreifen isoliert werden können. Direkte Verhandlungen mit der Hamas wurden ausgeschlossen.

Um vor seinem Amtsende noch Positives im Friedensprozess im Nahen Osten zu leisten und das eigene Image aufzupolieren, lud George W. Bush Ende November 2007 zum großen Nahostgipfel nach Annapolis/Maryland. Bush gelang zwar die Überraschung, eine Vereinbarung über ernsthafte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinenser inklusive eines Zeitplans zu erreichen. Beide Parteien versprachen, bis zu Bushs Amtsende im Januar 2009 die Verhandlungen über alle offenen Fragen erfolgreich zu beenden. Dazu gehören der Umgang mit den palästinensischen Flüchtlingen, der Status Jerusalems, die Zukunft jüdischer Siedlungen im Westjordanland und die endgültigen Grenzen eines palästinensischen Staates. Israel verpflichtete sich, die internationale „Roadmap“ zu beachten. Die USA sicherten zu, den Verhandlungsprozess zu begleiten und zu überwachen. Skeptiker scheinen jedoch Recht zu behalten. Der israelische Ministerpräsident Ehud

Olmert und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas sind zu schwach, um in den eigenen Reihen Zugeständnisse zu erreichen. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice kritisierte Olmert auf ihrer Nahostreise im Juni 2008 offen für die fortgesetzte Erweiterung von jüdischen Siedlungen im Westjordanland.

Iran

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung in Washington über den Umgang mit Iran stand im vergangenen Jahr die Frage, wie der Bericht der US-Geheimdienste (National Intelligence Estimate, NIE) zum iranischen Nuklearprogramm vom November 2007 zu interpretieren ist.³ Die Befürworter von Verhandlungen sahen sich in ihrer Position bestätigt, da das Dokument feststelle, Iran hätte im Herbst 2003 sein Nuklearwaffenprogramm gestoppt. Im Gegensatz zum NIE-Bericht von 2005 analysiert der Bericht aus dem Har 2007, Iran sei weniger gewillt sein Atomwaffenprogramm fortzusetzen. Internationaler Druck zeige Wirkung. Hardliner sahen sich aber ebenso in ihrer Position bestätigt. Der Bericht mache deutlich, dass Iran weiterhin Uran anreichert, selbst wenn dies nur im Rahmen des friedlichen Nuklearprogramms erfolgt. Trotz der unterschiedlichen Interpretationen des Berichts hat die Veröffentlichung erreicht, dass von einer militärischen Intervention seitens der Bush-Administration nicht mehr auszugehen ist. Insbesondere die europäischen Partner sehen sich in ihrer Haltung bestätigt, das Regime in Teheran nicht gewalttätig abschaffen zu wollen. Sie und viele moderate US-Außenpolitiker streben eher eine Verhaltensänderung des Regimes in Teheran an.

Das kürzlich von EU-Kommissar Javier Solana überbrachte erneuerte Verhandlungsangebot der EU 3+3 hat diesbezüglich eine neue Qualität: Es trägt die

² David Ignatius: A Surprise Negotiation, Washington Post, 25. Juni 2008, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/06/24/AR2008062401214.html>
Politischer Jahresbericht 2007/2008, North America

³ Iran: Nuclear Intentions and Capabilities, http://www.dni.gov/press_releases/20071203_release.pdf

Unterschrift von Condoleezza Rice. Die USA will damit ihr Interesse an ernsthaften Verhandlungen mit Iran untermauern. Irans positive Reaktion wird jedoch in Washington skeptisch bewertet: Teheran wolle nur Zeit gewinnen.

Mit dem Ende der Bush-Administration schenkt das politische Washington in dieser Frage den Präsidentschaftskandidaten viel Aufmerksamkeit. Hatten sich Obama und Clinton im Vorwahlkampf noch einen heftigen Streit über mögliche Vergeltungen eines iranischen Atomangriffs auf Israel geliefert, ist mit Obama ein grundsätzlicher Wandel in den Beziehungen zu Iran zu erwarten. Obama ist gewillt, ohne Vorbedingungen in Gespräche und Verhandlungen über das Nuklearprogramm einzutreten. John McCain hingegen betont immer wieder die Notwendigkeit von Sanktionen gegen das Mullah-Regime.

Nordkorea

Schon jetzt haben die Beziehungen zu einem anderen Mitglied der „Achse des Bösen“ Chancen sich grundlegend zu wandeln. Im Juni 2008 legte das nordkoreanische Regime in Pjöngjang einen Bericht über das eigene Nuklearprogramm vor und sprengte öffentlichkeitswirksam einen Kühlturm einer Atomanlage. Zwar sieht Präsident Bush in diesen Schritten erst den Beginn eines Prozesses in Nordkorea, an dessen Ende die Achtung der Menschenrechte, nukleare Nichtverbreitung sowie der Abbruch weiterer Raketenprogramme in diesem Land stehen. Er bot an, Handelssanktionen aufzuheben und Nordkorea von der Liste der Länder zu streichen, die internationalen Terrorismus fördern. Diese Entwicklungen bieten dem Nachfolger von Bush neuen Handlungsspielraum.

Russland

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht Washingtons Ansinnen, Russlands Nachbarn

Georgien und Ukraine in die NATO aufnehmen zu wollen. Der während des Bukarester Frühjahrgipfel der NATO gefundene Kompromiss ließ zwar alle Parteien als Sieger dastehen. Sie verschob jedoch die notwendige Entscheidung über diesen Konflikt nur bis zum nächsten Gipfel. Die Frage nach den Grenzen des Bündnisses hält auch in Zukunft enorm viel Sprengstoff für die amerikanisch-russischen sowie die transatlantischen Beziehungen bereit. Von beiden Präsidentschaftskandidaten ist keine Änderung in dieser Angelegenheit zu erwarten.

Weiteren Anlass für heftige Reaktionen aus Moskau bietet das US-Raketenabwehrprogramm. Die USA haben zwar Fehler in ihrer Kommunikationspolitik gegenüber den eigenen Verbündeten und Russland eingestanden. Substantiell wurden aber keine Veränderungen vorgenommen. Das russische Angebot, eine existierende Anlage in Aserbaidschan gemeinsam zur Abwehr iranischer Raketen zu nutzen, wurde abgelehnt. Inzwischen ist ein Vertrag mit der tschechischen Regierung zum Aufbau der Radaranlage unterzeichnet. Jedoch zögert die polnische Regierung noch, gleiches für die Stationierung der Abwehrraketen auf polnischem Gebiet zu tun. In der Hoffnung, ein neuer US-Präsident würde die Pläne ad acta legen, spielt Warschau mit Forderungen nach mehr Gegenleistungen auf Zeit. Dies käme der neuen polnischen Regierung entgegen, die einen Ausweg aus der langjährigen polnisch-russischen Konfrontation sucht. Russland hat sich eine militärische Antwort im Falle einer Vollendung des Raketenabwehrprogramms vorbehalten.

Beide Themen nutzt Russland, um auf internationaler Ebene seine neue Stärke unter Beweis zu stellen. Es blockiert die Umsetzung des Ahtisaari-Plans für ein von Belgrad unabhängiges Kosovo. Im Dezember 2007 zog sich Moskau aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa zurück.

Afghanistan

Afghanistan spielt eine untergeordnete Rolle in der Diskussion über die regionale US-Außenpolitik. Der Entwicklung in Pakistan wurde mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Es begann eine intensive Debatte über die Zukunft der amerikanischen Politik gegenüber diesem Land. Dies schließt Kritik an der jahrelangen finanzielle Hilfe für das Musharraf-Regime ein. Zumindest Bush sieht im pakistanischen Präsidenten immer noch einen Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus. Alle Seiten betonen jedoch die Bedeutung, die die Situation in Pakistan für die Befriedung in Afghanistan hat. Die US-Regierung hat von Deutschland kontinuierlich mehr Einsatz in Afghanistan gefordert. Diesem Wunsch versuchte die Bundesregierung mit der Entsendung von Tornados und der Aufstockung der Obergrenzen für Einsätze am Hindukusch nachzukommen.

Deutschland

Im zurückliegenden Berichtszeitraum führten personelle Veränderungen in Europa zu Neujustierungen in den transatlantischen Beziehungen. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy zeigte, dass er eine engagierte internationale Rolle spielen will. Angela Merkel und Deutschland bleiben weiterhin ein Schlüsselpartner.

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen blieben große Konfrontationen seit Sommer 2007 aus. Kritik, gespeist aus dem Fortbestehen des Gefangenenlagers in Guantanamo und weiterer Erkenntnisse über CIA-Überflüge, führten nicht zu Irritationen in den Regierungsbeziehungen. Hatten frühere Besuche des amerikanischen Präsidenten George W. Bush enorme Gegendemonstrationen hervorgerufen, so wurde sein letzter Besuch bei Angela Merkel im Juni 2008 lediglich zur Kenntnis genommen. Nicht nur die deutsche Politik, auch die Bevölkerung erwartet mit großem Interesse einen Wechsel im Weißen Haus. Das politische Berlin streitet inzwischen über einen

geeigneten Ort für den Auftritt des demokratischen Präsidentschaftskandidaten in der deutschen Hauptstadt.

Im Juni 2008 verabschiedete das EU-Parlament eine Richtlinie zur Bekämpfung illegaler Immigration. Dieser Beschluss erfuhr von der lateinamerikanisch dominierten Organisation of American States (OAS) mit Sitz in Washington DC harsche Proteste. Die Opposition richtet sich gegen theoretische Möglichkeiten wie langfristige Haft oder die Inhaftierung Minderjähriger. Dass es sich bei der Richtlinie um die Etablierung von Mindeststandards handelt, die schlechte nationale Rückführungspolitiken verhindern sollen, spielt in der Auseinandersetzung kaum eine Rolle. Die Empörung entspringt dem Grundsatz, illegale Immigration als Verbrechen zu behandeln. Dies steht im Gegensatz zur lateinamerikanischen Ansicht, nach der man sich europäischen Einwanderern gegenüber nie verschlossen hatte.

4. US Klima- und Energiepolitik

Energiepaket und Einführung des Emissionshandels

Der klimapolitische Stillstand der vergangenen Jahre, der weitgehend auf die föderale Ebene beschränkt war, hat allmählich ein Ende gefunden. Im Dezember 2007 wurde ein Energiepaket verabschiedet, das die sich abzeichnende Neuausrichtung der Energiepolitik zum Ausdruck bringt. Erstmals seit rund 30 Jahren werden die Standards für Autos angehoben. Die Produktion von Ethanol soll bis 2022 verfünffacht und die Energieverbrauchsstandards für Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Elektrogeräte angehoben werden.

Ein zweites Gesetzgebungsverfahren im Senat verdeutlicht den Wandel der US-Klimapolitik. „America's Climate Security Act“ hat die Einführung eines landesweiten Emissionshandels im Jahr 2012

zum Ziel. Mit ihm soll bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgase um knapp 60 Prozent gegenüber 1990 gelingen. Zwar fand der Gesetzentwurf im Senat keine Mehrheit. Doch gehen die meisten politischen Beobachter davon aus, dass ein ähnliches Gesetz innerhalb der nächsten zwei Jahre verabschiedet und in Kraft treten wird.

Klimapolitik und Föderalismus

Viele Bundesstaaten haben das vom Weißen Haus verursachte klimapolitische Vakuum der vergangenen Jahre dafür genutzt, eigene Akzente zu setzen. Sie haben Programme zum Ausbau erneuerbarer Energien und zum Klimaschutz aufgelegt. Es gibt mehrere, zum Teil abgeschlossene Verfahren an verschiedenen US-Gerichten zur Frage, welche Institutionen und Bundesstaaten über welche Regelungskompetenz beim Klimaschutz verfügen. Dabei wollten sich die Bundesstaaten ihre klimapolitische Vorreiterrolle von den Gerichten bestätigen lassen und die föderale Ebene zum Handeln auffordern. Umgekehrt hat die US-Bundesregierung versucht, Bundesstaaten in ihren klimapolitischen Aktivitäten zu bremsen. Mit einer neuen Regierung werden die inhaltlichen Differenzen vermutlich abnehmen. Die Frage nach der Kompetenzverteilung zwischen bundesstaatlicher und föderaler Ebene dürfte allerdings bestehen bleiben.

5. Internationale Wirtschafts- und Handelspolitik

Die US-Handelsagenda und die globale Handelspolitik

In den noch laufenden Verhandlungen der Doha-Entwicklungsrunde kam es auch in den vergangenen 12 Monaten nicht zur erhofften Reaktivierung. Und mit den anstehenden US-Präsidentenwahlen im November und einer neuen US-Administration im

Januar 2009 ist die Chance für eine rasche Änderung und Wiederbelebung der globalen Handelsgespräche unwahrscheinlich. Doch auch ohne eine Handelsmacht USA, die den Blick derzeit vor allem nach innen gerichtet hat, scheinen Differenzen zwischen den G4 (USA, EU, Brasilien, Indien) in vielen Verhandlungsbereichen zu festgefahren. Nach wie vor scheint ein Zusammenkommen in der Landwirtschaft unwahrscheinlich, vor allem aufgrund der Agrarsubventionen und der Agrartarifreduktionen. Während die USA von Entwicklungsländern verstärkt Zusagen bei der Reduzierung von Agrartarifen gefordert haben, hat der US-Kongress die Verhandlungstaktik der amerikanischen Handelsbeauftragten durch die gleichzeitige Verabschiedung der „US Farm Bill“ im Mai 2008 konterkariert. Die „US Farm Bill“ sieht mit einem Gesamtumfang von USD 289 Milliarden massive direkte landwirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen für US-Landwirte vor. Die Vetodrohung des US-Präsidenten konnte dabei mit Leichtigkeit durch eine parteiübergreifende Mehrheit abgeschmettert werden. Denn in einem Wahljahr wäre es für viele zur Wiederwahl stehende Abgeordnete aus landwirtschaftlich dominierten Bundesstaaten einem politischen Selbstmord gleichzusetzen, sich gegen das von den Landwirtschaftsverbänden und landwirtschaftlichen Großunternehmen, aber auch von politisch gut organisierten Landwirten favorisierte Gesetzeswerk zu stemmen. Da zudem in der Farm Bill auch die bisherigen Finanzausgaben für Naturschutzmaßnahmen ebenso wie die Förderung von Biobrennstoffen erhöht wurde, kam auch aus der breiten US-Bevölkerung keine Kritik an dem teuren Landwirtschaftsgesetz auf. Obwohl die Situation der US-Landwirte mit den global steigenden Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe wie Lebensmittel besser als seit Jahren ist.

Insgesamt stagnierte die US-Handelspolitik in den vergangenen zwölf Monaten, auch weil in Zeiten einer

schlechten US-Konjunktur weite Bevölkerungsteile eine aggressive US-Handelspolitik mit zahlreichen bilateralen und multilateralen Abkommen der letzten Jahre für schwindende Arbeitsplätze im Industriesektor und wachsende Arbeitsplatzunsicherheit verantwortlich machen. Sowohl Senator Obama als auch Senatorin Clinton verpflichteten den nächsten US-Präsidenten für den Fall ihres Wahlsieges auf eine Öffnung und Neuverhandlung bestehender US-Handelsabkommen wie NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone), was technisch jedoch schwierig ist. Das reflektierte nicht nur eine populistische Haltung der demokratischen KandidatInnen, sondern auch den Unwillen des demokratisch dominierten Kongresses, im Wahljahr in Abstimmungen zur Ratifizierung anstehender bilateraler US-Handelsabkommen, beispielsweise mit Kolumbien, Südkorea oder Panama, aktiv zu werden. Je nachdem, inwieweit handelskritische demokratische KongresskandidatInnen im November ihre Wahlkämpfe gewinnen, könnte es für einen demokratischen Präsidenten Obama schwierig werden, den Status Quo in Handelsfragen zu unterstützen. Auch wenn eine Neuverhandlung von NAFTA unwahrscheinlich ist, wäre denkbar, dass eine Obama-Regierung in der zukünftigen US-Handelspolitik Arbeitsplatzschutz- und Umweltschutzmaßnahmen sowie Arbeiterrechten ein höheres Gewicht einräumt. Davon könnten dann vor allem noch nicht ratifizierte oder neue Abkommen betroffen sein.

Die vom republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain vertretene Haltung, nach der die US-Freihandelsagenda weiter wie bisher fortgeführt werden soll, findet inzwischen selbst unter republikanischen Kongressabgeordneten nur wenig Gehör. Gewachsen ist die Zahl der Freihandelskritiker, die zum Beispiel mit Blick auf den US-Handel mit China argumentieren, dass in den USA selbst zu wenige Unternehmen und Arbeitnehmer davon

profitieren, mit Ausnahme von großen multinationalen Unternehmen und Länder wie China. So hat Robert Cassidy, ehemaliger Verhandlungsführer bei den bilateralen Vereinbarungen mit China für den „most-favored nation status“, erst kürzlich damit argumentiert, dass die Vereinbarung zu Lasten der USA und vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen ging. Daher ist es wenig verwunderlich, dass die zur Wiederwahl stehenden Kongressabgeordneten beider Couleur nur wenig Interesse zeigen, im Wahlkampf eine Lanze für Handelsbeziehungen zu brechen. Interessant ist zu beobachten, inwieweit der Klimaschutz als Handelsthema künftig instrumentalisiert wird, um vor allem im Handel mit China und Indien Importzölle wieder einzuführen.

Internationale Entwicklungs- und Finanzpolitik

Das Platzen der US-Immobilien- und Hypothekenblase hat sich zu einer weltweiten Finanzkrise ausgeweitet. Auch außerhalb der USA hat sie weltweit vor allem auf Großbanken und damit auf bisherige Garanten wie Profiteure eines entfesselten und deregulierten globalen Finanzsystems übergegriffen.

Der gewaltige Einbruch des US-Immobilienmarktes mit einem rasanten Anstieg von Zwangsversteigerungen hat zu einer Verringerung der Wachstumsprognosen für die USA, aber auch für andere Weltregionen geführt. Gerade auch Europas Banken und Finanzinstitutionen sind durch die immensen transatlantischen Banken- und Kreditverflechtungen in Mitleidenschaft gezogen.

Trotz massiver US-finanzpolitischer und wirtschaftspolitischer Intervention haben die internationalen Börsen in den vergangenen zwölf Monaten massive Einbrüche erlitten, darunter die Wall Street einen 350-Punktsturz Ende Juni zu einem Zeitpunkt, an dem eigentlich das Schlimmste der Hypotheken- und Finanzkrise hätte überwunden sein sollen. Die Märkte befinden sich weltweit in einer Vertrauenskrise der

Investoren, weil in den vergangenen Monaten einige der größten Investitionsbanken wie Bank of America, JP Morgan, Meryll Lynch, Citigroup oder Merrill Lynch massive Abschreibungen vornehmen und ihre Bilanzen nach unten korrigieren mussten.

Das sinkende Vertrauen der Finanzinvestoren weltweit in die bisherigem profitablen Finanzinstrumente haben zu einem Run auf Energie- wie Commodity-Futures geführt und sind zumindest mitverantwortlich für den massiven Anstieg beim Rohöl sowie bei landwirtschaftlichen Rohstoffen. Beide Preiseffekte hatten im Laufe des vergangenen Jahres eine verheerende entwicklungspolitische Wirkung, weil sie die ärmsten Entwicklungsländer betreffen. In Entwicklungsfachkreisen wird bereits spekuliert, dass diese Preissteigerungen die in den vergangenen acht Jahren gemachten Fortschritte zur Erreichung der Millenniumentwicklungsziele zunichte machen könnten. Sie verdeutlichen aber auch die Schwäche des gegenwärtigen globalen Gouvernance-Systems, vor allem in Bezug auf fehlende Regulierungskapazität und Zuständigkeit seitens bestehender internationaler Entwicklungs- und Finanzinstitutionen.

Rolle der Bretton Woods-Institutionen

Ironischerweise könnten sowohl der internationale Währungsfonds als auch die Weltbank von der gegenwärtigen Entwicklungs- und Finanzierungskrise profitieren. Obwohl Kritiker beiden Organisationen zu Recht vorwerfen, dass die Gründe für die immensen Marktfehler und -versäumnisse in der verfehlten Politik beider Organisationen zu sehen sind.

So sind die Ungleichgewichte des globalen Finanzsystems auch in der Reaktion neureicher Souveräne in Asien und Mittleren Osten auf den IWF und die Südostasiatische Finanzkrise vor zehn Jahren zu sehen, die zur Anhäufung enormer Währungsreserven in diesen Regionen und damit zur Bereitstellung dieser Reserven als Kredite für die US-

Wirtschaft geführt hat. Gleichzeitig ist es dem IWF aufgrund von Geldgeberstrukturen und der Realpolitik nie gelungen, die USA als IWF-Mitglied zu guter „Wirtschaftsführung“ zu verpflichten, nicht einmal mit moralischem Druck, den die Organisation bei Entwicklungsländern anlegt.

Der IWF sieht sich nun seit Jahren in einer Finanzierungs- und Legitimitätskrise ausgesetzt, weil ihm nun lukrative Kunden wie die Schwellenländer vollständig weggebrochen sind. Als letztes Schwellenland hat die Türkei ihren IWF-Kredit im Frühjahr vorzeitig zurückgezahlt. Die Institution, die seit Herbst 2007 vom vormaligen französischen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn geführt wird, muss jetzt bei sich selbst Austeritätsmaßnahmen anwenden, darunter den Abbau von rund einem Drittel seiner Arbeitsplätze. Der IWF denkt daran, seine Goldreserven zu verkaufen, um laufenden Unkosten zu decken. Geht es nach dem Willen der IWF-Führung, soll der IWF künftig von den Gebühren für Dienstleistungen wie Diagnostik und Krisenanalyse des globalen Finanzsystems haushalten und damit als Signalgeber und Frühwarner fungieren. Dies hat der neue IWF Geschäftsführende Direktor, Dominique Strauss-Kahn, als mittelfristige Strategie für die Organisation durchgesetzt. Er wurde im Herbst 2007 als Nachfolger des Spaniers Rodrigo de Rato gewählt. Das kommt einem Rückschlag für globale Reformbemühungen für mehr „voice and vote“ von Entwicklungsländern in den Bretton Woods-Institutionen gleich.

Auch der Weltbank ist es unter ihrem neuen Präsidenten Robert Zoellick, ehemaliger US-Handelsbeauftragter und früherer zweiter Mann im US-Außenministerium, gelungen, die Gefahr der Entwicklungsfortschritte der vergangenen Jahre durch die Explosion der Lebensmittelpreise zu ihren Gunsten zu nutzen. Nachdem Zoellicks Vorgänger Paul Wolfowitz zum Herbst 2007 mehr als

unzeremoniell nach einem Weltbankinternen Patronage-Skandal abgesetzt wurde, konnte Zoellick im Herbst 2007 mit einem Vertrauensvorschuss der Weltbankgeldgeberstaaten sein Amt antreten. Dies zeigte sich zum Jahresende 2007 in einer Rekordsumme von rund 41 Milliarden US-Dollar an Finanzausgaben für die alle drei Jahre stattfindende Neufinanzierung der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA). Die IDA vergibt nicht zurückzahlbare und günstige Kredite an die ärmsten Entwicklungsstaaten. Die 15 IDA-Verhandlungen waren für Robert Zoellick ein klarer politischer Gewinn und ein Handlungsmandat. Die Weltbank plant, das wiedergefundene Vertrauen der G8 in die Bank zu nutzen, indem sie aggressiv derzeitige Lücken der globalen Gouvernance besetzt, die sowohl bei der Entwicklung einer globalen Nahrungsmittel- und Agrarpolitik als auch bei der weltweiten Klimafinanzierung besteht.

Nachdem die Weltbank fast 25 Jahre lang die ländliche Entwicklung und die Förderung von landwirtschaftlicher Produktion in ihren Entwicklungsplänen vernachlässigt hat, will sie nun intensiv in Agrarprojekte und in Agrarforschung investieren. Die Weltbank sieht sich als Hauptstütze und Koordinatorin eines Aktionsplanes zur Bewältigung einer weltweiten Ernährungskrise. Zu diesem Plan gehören Versicherungsinstrumente für Bauern und die Schaffung von Notlagern und Reserven für landwirtschaftliche Rohstoffe. Der Ex-US-Handelszar Zoellick drängt als Weltbank-Präsident auf eine rasche Beendigung der WTO-Doha-Entwicklungsrunde als wichtigsten Schritt zu einer raschen Verbesserung der globalen Lebensmittel(preis)krise.

Auch den Klimawandel und die Frage der Entwicklung und Verwaltung von Klimafinanzinstrumenten hat die Weltbank als eine legitimitäts- und einkommensschaffende Nische internationaler Strukturpolitik für sich entdeckt.

Obwohl die Weltbank bisher keineswegs als weltweites Modell für ein klimafreundliches Investitionsportfolio im Energiebereich aufgetreten ist, positioniert sie sich derzeit als global geeignete Institution, um eine Reihe von Klimainvestitionsfonds aufzulegen. Auch an ein Post-Kyoto-Klimaregime ist gedacht. Eingebettet sind diese Fonds, die auf dem diesjährigen G8-Gipfel in Hokkaido, Japan, bestätigt wurden, in einen Strategischen Rahmen für Klimawandel und Entwicklung. Den will die Weltbank in großer Eile und mit Minimalkonsultationen bis zur Herbsttagung im Oktober 2008 unter Dach und Fach haben. Die Implikationen sind durchaus bedeutsam, nicht nur für die Zukunft und die finanzielle Tragfähigkeit des VN-Klimaprozesses. Sondern auch für die Art der Entwicklung, die im globalen Süden notwendig ist, um die globale Klimakatastrophe zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu sichern.

6. Ausblick

Innenpolitisch wird der Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl im November 2008 im Vordergrund stehen. Zudem werden die Themen Energie und Klima sowie Irak und die globale Rolle der USA weiterhin im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres machen deutlich, dass die USA und Europa im kommenden Jahr mit einer Vielzahl internationaler Herausforderungen konfrontiert sein werden. Die Diskussion um die Erweiterung der NATO und der Umgang mit Iran werden für heftigen transatlantischen Diskussionsstoff sorgen.

Unabhängig davon, welcher Partei der neue Präsident angehört, wird ein zentrales Anliegen darin bestehen, das zerrüttete Image der USA wieder aufzubessern. Die Aufgabe der neuen Administration

hat der republikanische Senator Chuck Hagel in folgenden Worten zusammengefasst: „The next generation has to re-introduce America to the World“. Dazu gehört, dass das Weiße Haus eine ausgewogenere Außenpolitik verfolgt und ein höheres Maß an Transparenz bei den Entscheidungsfindungen in Washington zulässt. Wie sich diese Ziele verwirklichen lassen und wie diese Forderungen inhaltlich gefüllt werden können, wird die politischen Auseinandersetzung in den Jahren 2008 und 2009 prägen.

Die Klimapolitik hat das Potenzial, die transatlantischen Beziehungen stark zu verbessern. Politische Initiativen für die Einführung des Emissionshandels und für den Ausbau erneuerbarer Energien werden ins Zentrum der Auseinandersetzung rutschen und transatlantische Kooperation ermöglichen. Unabhängig vom Ausgang der Wahl ist absehbar, dass der neue US-Präsident den Klimaschutz vorantreiben will. Auf die internationalen Klimaverhandlungen dürfte sich der Wechsel im Weißen Haus positiv auswirken. Doch sollte vor allzu hohen Erwartungen gewarnt sein. Schließlich ist der Zeitplan eng, für die neue Regierung bereits im Dezember 2009 einem neuen Klimavertrag in Kopenhagen zuzustimmen. Zudem dürfte angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage die neue US-Regierung nicht den Eindruck erwecken, sie stimme einem neuen Klimavertrag zu. Der verlangt zwar der USA Verpflichtungen ab, nicht aber dem großen wirtschaftlichen Widersacher China. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung wird in den nächsten zwölf Monaten vor allem die Entwicklung zu den Aktivitäten der Weltbank bei der globalen Nahrungsmittelsicherung und bei der Klimafinanzierung beobachten und begleiten. Am Erfolg der Weltbank lässt sich messen, inwieweit die VN-Agenturen und damit das gesamte VN-System an globaler politischer Führungsfähigkeit verlieren und weiter zu einer reinen humanitären und Frieden

schaffenden Interventionsbehörde reduziert werden könnte.

Hinsichtlich der Globalisierung werden die kommenden zwölf Monate zeigen, ob die Finanzkrise, und die Lehren, die die Weltgemeinschaft daraus ziehen sollte, zu einer Regulierung wirtschaftlicher Akteure sowohl in den USA als auch weltweit führen kann. Wer den Kampf um das Weiße Haus im November 2008 gewinnt, wird möglicherweise eine neuen sozial- und umweltverträglicheren Phase in der Globalisierung einläuten – unter aktiver Führung und Mitgestaltung der Vereinigten Staaten.